

Nun doch U-Boote für Chile

Chile erhält das erste der beiden in der Bundesrepublik geordneten U-Boote. Vergangene Woche stellten die Kieler Howaldtswerke (HDW) beim Bonner Wirtschaftsministerium den Antrag auf Überführung des Schiffes. Obwohl die Koalitionsparteien letzten Herbst in einer Resolution das Militärregime Augusto Pinochets wegen seiner Verstöße gegen die Menschenrechte massiv kritisierten, will die Bonner Regierung die Boote liefern. Die Werften in Kiel und Hamburg werden künftig den Bau von Handelsschiffen einstellen und sich voll auf den Kriegsschiffbau konzentrieren. Nach Plänen des HDW-Vorstands wird die Umstellung weitere 2000 Arbeitsplätze kosten.

Genscher setzt sich ab

In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl äußern sich 69 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses besorgt über die geplanten deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Kurz vor Kohls USA-Reise sind auch zahlreiche Protestschreiben von Gewerkschaften und jüdischen Organisationen bei der deutschen Botschaft in Washington eingetroffen. Nach Informationen des Auswärtigen Amtes hat die israelische Regierung Juden in den USA zu kritischen Eingaben an die Bonner Regierung aufgefordert. Beamte von Hans-Dietrich Genschers Außenamt fürchten, Präsident Reagan könnte seine bisherige Zurückhaltung gegenüber dem Waffengeschäft mit den Saudis aufgeben – mit Blick auf die amerikanischen Wahlen: 1980 stimmte über ein Drittel der jüdischen Wähler für Reagan. Genscher, der ursprünglich gemeinsam mit Kohl reisen sollte, hat sich inzwischen abgesetzt. Der Außenminister wolle, berichten Vertraute, „nicht in diese Sache hineingezogen werden“. Kohl will jedoch hart bleiben. In einem Brief an den saudischen König Fahd versicherte er, an seiner Bereitschaft zur Kooperation in Verteidigungsfragen habe sich nichts geändert.

SED will Redneraustausch

Die SED will ihre Kontakte zu den Sozialdemokraten ausweiten: In Gesprächen mit SPD-Funktionären haben Abgesandte der ostdeutschen Staatspartei, unter ihnen der Leiter der Westabteilung im Zentralkomitee der SED, Herbert Häber, erkennen lassen, Ost-Berlin sei bereit, zwischen beiden Parteien Referenten auszutauschen. Einen solchen Vorschlag hatte Herbert Wehner bereits Mitte der sechziger Jahre gemacht. Damals hatte die SED abgelehnt, weil sie ideologische Aufweichung in den eigen-

nen Reihen fürchtete. Interesse an besseren Beziehungen zeigte die SED-Führung bereits vor Jahresfrist. Damals lud sie den SPD-Chef Willy Brandt zur internationalen Marx-Konferenz nach Ost-Berlin. Doch Brandt sagte ab. Inzwischen hat sich das Klima entspannt: Mitglieder der SPD-Grundwertekommission besuchten kürzlich die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und debattierten mit den Einheitssozis über Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Intervention um Mitternacht

Die sowjetische Botschaft in Bonn versuchte Staatsgäste aus Afrika unter Druck zu setzen. Zu mitternächtlicher Stunde erschien unangemeldet Moskaus Gesandter Wladislaw Terechow am Mittwoch vorletzter Woche vor der Gästeherberge Schloß Gymnich und bat „in einer dringenden Angelegenheit“ um Vorsprache bei dem auf Staatsvisite weilenden Präsidenten von Mali, General Moussa Traoré. Doch der Sowjetdiplomate konnte sein Anliegen nur dem Mali-Botschafter vortragen: Der Staatspräsident möge von einem Besuch in West-Berlin absehen. Ohne Erfolg. Traoré flog wie vorgesehen in die Halbstadt.

Schwarz-Schilling pusht

Die meisten Fernsehzuschauer, die ihre Programme künftig per Kabel empfangen wollen, müssen vorher ihre TV-Geräte oder Video-Recorder auf den Müll werfen und durch neue ersetzen. Postminister Christian Schwarz-Schilling, der seit seinem Amtsantritt im Herbst 1982 die Bundesrepublik mit Milliardenaufwand verkabeln läßt, hat erstmals zugegeben, daß er die Umtauschaktion sogar beabsichtigt hat: „Das freut mich.“ Damit werde – so der Minister in einem Expertengespräch in Bonn – die Entwicklung von Fernseh- und Video-Geräten „gepusht“, der Umsatz der Branche mithin gefördert – auf Kosten der Verbraucher. Grund der Umrüstung: Fast alle Recorder der Systeme VHS und Beta sowie die meisten TV-Geräte, die vor 1980 hergestellt wurden (und weniger als 99 Kanäle haben), eignen sich nicht für Schwarz-Schillings Kabelanschlüsse, weil ihre Tuner nicht auf Kabelkanäle umgestellt werden können. TV-Apparate lassen sich allerdings mit einem Zusatzgerät umrüsten. Seit Herbst 1982 durfte die Industrie aber keine kabeltauglichen Recorder (mit der Zusatzbezeichnung „S“) verkaufen, weil die Post ihnen die Betriebsgenehmigung entzog. Neue Recorder, die den geänderten Post-Anforderungen entsprechen, werden in ausreichender Zahl noch gar nicht angeboten.

Groteskes Mißverhältnis

Umweltexperten halten die von Innenminister Friedrich Zimmermann vorgelegte Liste genehmigungspflichtiger Anlagen bereits für überholt. Bei einer Anhörung in Bonn deckten Umweltschützer, Versicherer und TÜV-Ingenieure gefährliche Lücken auf. Ganz ausgespart bleiben in der Verordnung Düngemittel und Chemikalienlager, obwohl Gefahr besteht, daß sich bei Bränden hochgiftige Gase entwickeln. Unerwähnt bleiben auch Großmühlen, Getreide- und Holzsilos, obgleich Staubexplosionen möglich sind, die schwere Verwüstungen anrichten. Ebenso fehlen



Alt-Genossen Wischnewski, Brandt

SPD: Etwas jünger, etwas linker

Die SPD wird nach dem Essener Parteitag im Mai mit umgekrempelter Führungsmannschaft antreten – wahrscheinlich mit mehr Linken als bisher.

Ausgelöst wird das Revirement im elfköpfigen Präsidium durch den Verzicht Helmut Schmidts und den Wechsel von Hans-Jürgen Wischnewski ins Amt des Parteikassierers. Um deren Plätze werden sich Horst Ehmke und zwei Linke, Peter von Oertzen und – wahrscheinlich – Erhard Eppler, bewerben.

Für Wischnewski als Nachfolger des Schatzmeisters Friedrich Halstenberg hat sich Willy Brandt engagiert. Gegen die Kandidatur gab es in Bezirken und Landesverbänden Widerstand: Der Brandt-Freund ist in die Parteispenden-Affäre verwickelt.

Sollte Antje Huber nicht wieder in das Präsidium wollen, wird auch um ihren Platz gerangelt: Die Fraktionslinke Her-